

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaarte Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 14. März 1931

35. Jahrgang

Nummer 11

Der Straßenbau in Bayern

Unter dieser Ueberschrift erschienen kürzlich in einigen bayrischen Zeitungen Artikel, in denen gegen die von der bayrischen Regierung geförderte „neuzzeitliche“ Straßenbauweise polemisiert und auf die daniederliegende bayrische Hartsteinindustrie hingewiesen wird. Auch im bayrischen Landtage wurde diese Sache behandelt und besonders die einseitige Haltung einiger für den Straßenbau in Bayern verantwortlichen Ministerialräte kritisiert. Als Verteidiger der bisherigen Straßenbauweise stand im Vordergrund der Ministerialrat Herr Bilbig, der mit einem Zahlenmaterial aufwartete, das nach näherer Prüfung nicht stichhaltig ist und mit dem wir uns im Nachstehenden doch etwas beschäftigen müssen. Es ist ja nicht das erstemal, daß der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen aller in der Pflasterstein- und Schotterindustrie sowie im Straßenbaugewerbe beschäftigten Arbeiter beherrschenden Baufachverständigen wegen ihrer einseitigen Haltung entgegentreten muß.

Die alljährlich zum Unterhalt der Straßen erforderlichen sehr erheblichen allgemeinen Mittel sind Grund genug, die Frage des Straßenbaues frei von politischen und persönlichen Gesichtspunkten zu behandeln; vor allem ist die Frage zu prüfen, ob und unter welchen Umständen eine rationelle Bauweise auf dem Gebiete des Straßenbaues möglich ist. Die Voraussetzung jedes Erfolges besteht in der Erkennung der Ursachen, die zu den heutigen, teilweise recht mißlichen Straßenverhältnissen geführt haben. Die Entwicklung des Verkehrs, die sich in einem Tempo vollzieht, das alle Erwartungen und Berechnungen weit überholt, bringt es mit sich, daß heute an die Straßendecke weit höhere Anforderungen gestellt werden als in früheren Zeiten. Mit der Entwicklung hat sich zugleich auch eine Umstellung im Verkehr- und Transportwesen vollzogen. Ein nicht geringer Teil des Verkehrs und des Warenverkehrs ist von der Eisenbahn auf den Kraftwagen und somit auf die Landstraßen übergegangen. Letzteres ist bedingt durch die Tatsache des schnelleren Verkehrs mit dem Kraftwagen, was für die Landstraßen eine bedeutende gewichtsmäßige Mehrbelastung bringt. Sachverständige bejournieren diese auf das Vierfache der Vorkriegszeit. Für den heutigen Verkehr unzulängliche Straßendecken auf der einen, Mangel an finanziellen Mitteln auf der anderen Seite sind die Schwierigkeiten, mit denen die kommunalen und staatlichen Straßenbaubehörden zu kämpfen haben. Leider fehlt es nicht an Vertretern, die diese sichtbare Zwangslage der Straßenbaubehörden auszunutzen. So wird die neuzzeitliche Straßendecke (Teer) den zum Straßenbau verpflichteten Behörden angepriesen und für deren angebliche Vorzüge in einer Weise reklamiert, die doch zu Bedenken Anlaß geben sollte. Am allerwenigsten dürfen sich Vertreter der Behörden einseitig für Bauweisen einsetzen, die noch keine Vergangenheit und somit auch noch nicht den Beweis der Wirtschaftlichkeit erbracht haben. Daher kommt es auch, daß im letzten Jahrzehnt viele Straßenbaubehörden aus dem Stadium des Versuches nicht herausgekommen sind, das trifft zum Teil auf den Freistaat Bayern zu. Durch die vielen Bauten „neuzzeitlicher“ Straßendecken wurden große Summen investiert, deren Rentabilität nicht gewährleistet ist. Straßenbauten müssen so ausgeführt werden, daß ihre Haltbarkeit für eine bestimmte Zeitspanne gewährleistet ist, ohne daß nennenswerte Beträge für Unterhaltung aufgewendet werden, müssen so ausgeführt werden, daß sie den modernen Verkehrsmitteln in jeder Weise angepaßt sind und den für die Verkehrssicherheit notwendigen Anforderungen entsprechen, unter selbstverständlicher Beachtung der volkswirtschaftlichen und sozialen Wirkungen, das ist heute vor allem der Arbeitsmarkt. Dieses kann um so mehr geschehen, wenn die im eigenen Lande gewonnenen Baustoffe jeden Wettbewerb mit dem aus dem Ausland importierten mit Erfolg bestehen. Das trifft wiederum in vollem Maße auf die in Bayern gewonnenen Natur-Hartgesteine zu.

Aber alle diese Selbstverständlichkeiten und die wirtschaftlichen wie sozialen Notwendigkeiten ließ der bereits genannte Ministerialrat als Jahrestreter für Straßenbau in seiner vor dem Haushaltsausschuß des bayrischen Landtages gehaltenen Rede, nach den Zeitungsberichten zu urteilen, ganz unbeachtet. Der Außenstehende kann tatsächlich aus den Berichten zu der Auffassung kommen, daß nicht ein Regierungsvertreter, sondern ein Vertreter der Straßenbauindustrie Sager & Woerner in München im Haushaltsausschuß den Volksvertretern einen Vortrag über die „neuzzeitliche“ Straßendecke gehalten hat. Deshalb erscheint es durchaus nicht verwunderlich, wenn getuschelt wird über enge Verbindungen der genannten Firma mit maßgebenden Herren im Ministerium, obgleich der bayrische Innenminister Stügel diese Verbindung ins Reich der Fabel verwies.

Doch schauen wir uns die Ausführungen des Ministerialrats Bilbig etwas näher an. Er sagte: „Als im Jahre 1925 in Bayern der Ausbau der Staatsstraßen einsetzte, gab es keine bayrische Firma, die derartige „neuzzeitliche“ Beläge ausführte. Es wurde daher begrüßt, daß sich die Bauunternehmung Sager & Woerner erbot, den Straßenbau zu einem Preis auszuführen, wie es bis dahin in Deutschland nicht bekannt war, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie auch in den nächsten Jahren mit Aufträgen rechnen könne, weil ihr nur unter dieser Voraussetzung die wirtschaftliche Umstellung auf „neuzzeitliche“ Straßenbau möglich sei.“

Zunächst ist auffallend, daß der Ministerialrat mit keinem Wort der bayrischen Hartsteinindustrie gedenkt. Von vornherein wurden also Naturstein-Pflasterstraßen ausgeschaltet und der Straßendecke aus Teerapphaltgemisch der Vorzug gegeben. Damit nun die Möglichkeit für die Herstellung dieser Straßendecke geschaffen wurde, erklärte sich der Ministerialrat bereit, mit der Firma Sager & Woerner einen Vertrag auf längere Jahre abzuschließen, wodurch der Firma für mehrere Jahre bestimmte Aufträge für Straßenbau erteilt wurden. Zugleich erhielt diese Firma auch noch Vorzuschüsse vom bayrischen Staat, um die notwendigen Maschinen anzuschaffen zu können. Wir fragen: Wie kommt es, daß die bayrische Regierung aus den Mitteln

der Allgemeinheit für diese Konzernfirma ein solches Entgegenkommen, der bayrischen Granitindustrie aber die kalte Schulter zeigte? — Herr Ministerialrat Bilbig sagte weiter:

„Die Kunst des Straßenbaues bestehe nicht darin, die technisch beste Decke zu nehmen, man müsse vielmehr diejenige Decke wählen, die ihrem Zweck gerade noch genügt und die im Bau, Unterhaltung, Verzinsung und Amortisation die billigste und wirtschaftlichste Decke ist. Der Gesamtaufwand würde im Laufe von 50 Jahren für Pflaster 327 000 Mark pro Kilometer betragen, während für Walzflächen nur 210 000 Mark innerhalb 50 Jahren aufzuwenden sind!“

Es kommt also für die staatliche Straßenbaubehörde nicht darauf an, die technisch beste, die sich am sozialsten auswirkende und die für die Verkehrssicherheit vollkommenste Straßendecke zu bauen, und deshalb konnte man der genannten Konzernfirma das Staatsmonopol einräumen zum Bau technisch minderwertiger Straßendecken. Deshalb wurden auch der Firma Vorzuschüsse gezahlt zur Beschaffung der fehlenden Maschinen. Wirklich eine nette Sache! Den Vogel schloß aber der Ministerialrat Bilbig ab, als er den Mitgliedern des Haushaltsausschusses im bayrischen Landtag Zahlen über den Gesamtaufwand für die Pflasterdecke und die Walzdecke für den Zeitraum von 50 Jahren zum Vergleich vortrug. Bedauerlicherweise scheint kein Abgeordneter die Zahlen des Herrn Bilbig einer genauen Prüfung unterzogen zu haben, und auch die Vertreter der bayrischen Granitindustrie und des Straßenbaugewerbes haben es bisher unterlassen, der Öffentlichkeit hierüber Aufklärung zu geben. Warum nur diese Zurückhaltung? Die vorgetragenen Vergleichszahlen entsprechen nicht der Wirklichkeit. Vor allem ist wiederum auffallend, daß der Regierungsvertreter dem Landtag nicht Kenntnis gegeben hat über die Lebensdauer der Kleinpflasterdecke im Vergleich zu der „neuzzeitlichen“ Teerapphaltdecke. Wenn das Abicht war, dann ist das ein starkes Stück.

Was kostet 1 Kilometer (gleich 6000 Quadratmeter) Straßendecke, ausgeführt mit Kleinpflaster Größe 9x11 Zentimeter? Nach den Angeboten der Pflasterstein- und Schotterindustrie zu Beginn des Jahres 1931 beträgt der Preis für 10 Tonnen Kleinpflaster (gleich 45 Quadratmeter) 250 Mark, das ergibt für 6000 Quadratmeter 33 000 Mark. Für 6000 Quadratmeter Pflasterung einschließlich Lieferung von Pflasterstein wird der Betrag von 15 000 Mark einzusehen sein, so daß sich die Gesamtkosten für 1 Kilometer fertige aus erstklassigem Material hergestellte Kleinpflasterdecke auf 48 000 Mark belaufen. Ausschließlich Fracht und Transport zur Baustelle. Die Lebensdauer dieser Straßendecke beträgt mindestens 40 Jahre, ohne daß nennenswerte Kosten für Unterhaltung entstehen!

Ein anderes Bild gibt die „neuzzeitliche“ Straßendecke. Die Herstellungskosten für 6000 Quadratmeter Teer-Halbtränkdecke betragen 27 000 Mark, für Unterhaltung müssen jährlich mindestens 10 bis 15 Quadratmeter aufgewendet werden. Es sind somit für 10 Jahre, eine größere Lebensdauer besitzt diese Decke nicht, folgende Summen aufzuwenden: 27 000 Mark Anlage, Unterhaltung für 9 Jahre 54 000 Mark, zusammen 81 000 Mark. Nach 10 Jahren ist die Decke zerstört, muß neu gebaut werden. Dies verursacht je Quadratmeter 3,20 Mark, macht 19 200 Mark, für weitere 9 Jahre Unterhaltung 54 000 Mark. Es kosten somit 6000 Quadratmeter Teer-Halbtränkdecke innerhalb 20 Jahre 57 000 Mark. Die Kosten einer dem Kleinpflaster gleichwertigen Teerdecke werden also bedeutend höher.

Vergleich: Die Kleinpflasterdecke verursacht in 20 Jahren 48 000 Mark. Die „neuzzeitliche“ Teer-Halbtränkdecke in derselben Zeit 57 000 Mark Kosten. Da die Nutzungsdauer der Kleinpflasterdecke nicht nur 20, sondern mindestens 40 Jahre beträgt, ist die Ersparnis gegenüber der Teerdecke mindestens 21 000 Mark.

Es bleibt eine Verpflichtung des Herrn Ministerialrat Bilbig, für seine im bayrischen Landtag aufgestellte Behauptung, Kleinpflasterdecken seien teurer als gleichwertige Teerdecke, nun auch den Beweis zu erbringen. Ganz unterlassen hat er es zu prüfen, welche Wirkungen für den Arbeitsmarkt sich beim Bau der Kleinpflasterdecke im Vergleich zur Teerdecke ergeben. Auch eine auffallende Unterlassung!

Die Herstellung von 6000 Quadratmeter Kleinpflaster erfordert in den Steinbrüchen 1500 Arbeitstage, und die Pflasterung erfordert weitere 600 Tagewerke. Rund 40 Arbeiter können also 2 Monate produktiv beschäftigt werden!

Zur Herstellung der „neuzzeitlichen“ Straßendecke, 6000 Quadratmeter, die überwiegend maschinell erfolgt, werden nur etwa 20 Prozent der menschlichen Arbeitskräfte und Zeit benötigt wie bei der Kleinpflasterdecke. Alle diese für die jetzigen Verhältnisse äußerst wichtigen Momente wurden von dem Regierungsvertreter für Straßenbau nicht beachtet. Von den 10 000 in der bayrischen Granitindustrie beschäftigten Arbeitern waren im Jahresdurchschnitt 46,7 Prozent arbeitslos, ein großer Teil davon ist seit Monaten ausgesteuert und fällt der kommunalen Wohlfahrt zur Last. Trotz dieser geradezu katastrophalen Verhältnisse in der bayrischen Hartsteinindustrie, die eine der ältesten Industrien Bayerns ist, werden mehrere Millionen Mark für Straßenbauten an Unternehmungen gezahlt, die für die Gesamtwirtschaft Bayerns kaum Bedeutung haben, deren Gewinne von größten Teile ausländischen Kapitalisten zufließen. Auch wenn das bestritten wurde, bleibt es richtig. Auf Grund der vorstehend geschilderten Tatsachen wird sich die bayrische Regierung den Forderungen der Pflasterstein- und Schotterindustrie sowie des Stein-Straßenbaues: Schafft Arbeit! nicht verschließen können.

Arbeitslohn im Konkurs

Konkurse zählen heute nicht zu den Seltenheiten und häufiger denn je werden auch Arbeiter geschädigt, die durch die Konkursanmeldung nicht mehr zu ihrem Lohn kommen. Bei Lohnzahlungen wird sehr oft mit Abschlagszahlungen vorlieb genommen, besserbetonte Arbeiter stunden manchmal den Rest für längere Zeit, weil die Belegschaft Interesse daran hat, daß der Betrieb über die Schwierigkeiten hinwegkommt und möglichst lange aufrechterhalten werden kann. Für Lohnrückstände und Lohnreste, selbst wenn sie im Laufe der Zeit zu größeren Beträgen auflaufen, erachtet der Arbeiter meist keine Gefahr für gegeben, weil rückständiger Lohn ja doch eine bevorrechtete Forderung ist, die im Notfalle zuerst befriedigt werden muß, und weil er glaubt, daß „joviel“ aus dem Betrieb immer noch herauszuholen sein wird. Daß der Lohn eine Forderung mit Vorrang ist, stimmt zwar, sie wird aber nicht etwa immer in erster Linie befriedigt, sondern der Lohnforderung können eine Anzahl Rechte und andere Forderungen vorausgehen, so daß sehr oft für den Arbeitslohn kein Pfennig mehr übrig bleibt.

Ein Konkurs wirkt regelmäßig schon längere Zeit vorher seine Schatten voraus; es werden die verschiedensten geschäftlichen und finanziellen Transaktionen eingeleitet und durchgeführt. Für den Augenstehenden überhaupt nicht wahrnehmbar, für den im Betrieb Beschäftigten nur, wenn er die Augen offen hält und die rechtlichen Wirkungen einigermaßen beurteilen kann. Der Sachkundige kann leicht zu seinem Recht kommen, der Unkundige läuft Gefahr, Schäden zu erleiden, und wenn es der Arbeiter ist, empfindet er ihn um so schwerer. Wenn ein Konkurs angemeldet wird, so gehört noch lange nicht alles, was vorhanden ist, zur Konkursmasse. Es können Personen auftreten, die besondere Rechte haben, die anerkannt werden müssen, z. B. das Aussonderungsrecht und das Absonderungsrecht. Berechtigung zur Aussonderung hat, wer das Eigentumsrecht an bestimmten Gegenständen, die zur Konkursmasse gehören, geltend machen kann. Hier kann vor allem die Ehefrau des Konkurschuldners in Betracht kommen wegen der Vermögensstücke, die sie in die Ehe eingebracht oder während der Ehe aus eigenen Mitteln erworben hat. Ferner dritte Personen, die ein Eigentumsrecht an Waren, Werkzeugen, Maschinen und anderen Betriebsrichtungen durch Uebereignung oder Verpfändung erworben haben. Auch Waren, die vom kommissionsweisen Verkauf bezogen oder mit Eigentumsvorbehalt geliefert wurden, werden vom Aussonderungsrecht erfaßt. Darüber hinaus sogar noch Forderungen des Konkurschuldners für verkaufte Gegenstände mit Eigentumsvorbehalt, für die der Verkaufspreis noch ganz oder teilweise aussteht. Es können diese Kaufpreise aussondert und vom Eigentümer der Ware eingezogen werden. Das Aussonderungsrecht erstreckt sich auf alle Sachen, die nicht dem Konkurschuldner, sondern anderen Personen gehören, wenn sie der Konkurschuldner auch in Gebrauch oder Gewahrsam hat. Jeder Eigentümer kann seine Sachen zurücknehmen, ohne sich am Konkurs zu beteiligen. Das Absonderungsrecht dagegen erstreckt sich auf Gegenstände, die dem Konkurschuldner gehören. Der Absonderungsrechtberechtigte kann verlangen, daß er aus den absondernden Gegenständen vorweg befriedigt wird, daß also der Erlös ihm ohne weiteres zufällt, soweit sein Anspruch reicht. Unter die absonderungsberechtigten Forderungen fallen z. B. die Forderungen der Hypothekengläubiger hinsichtlich des Grundstückes, die Forderungen aller Gläubiger, die für irgendeine Forderung ein Faustpfand besitzen; diesen gleichgestellt sind die Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Amts-, Kreis- und Provinzialkassen wegen öffentlicher Abgaben, wenn sie zoll- oder steuerpflichtige Sachen in Beschlag genommen oder zurückbehalten haben. Gleiches Absonderungsrecht steht dem Vermieter an den eingebrachten Sachen zu, soweit sich diese noch auf dem Grundstück befinden und Miete für das laufende und das letzte Jahr vor der Eröffnung des Konkurses rückständig ist.

Aus den Forderungen mit Aussonderungs- und Absonderungsrechten sind hier nur einige von vielen als Beispiele angeführt. Diesen Rechten und Forderungen folgen im Range die sogenannten Massekosten und Massegläubiger, d. h. die Aufwendungen, die nach Eröffnung des Konkurses für die Führung, Verwaltung und Abwicklung des Konkurses erforderlich werden. Die Massegläubiger sind nach den Aus- und Absonderungsforderungen zu befriedigen, aber wieder vor den eigentlichen Konkursgläubigern. Auch Arbeiter können mit ihren Lohnforderungen, die nach Eröffnung des Konkurses fällig werden, zu den Massegläubigern zählen. Was nach Abzug der Aussonderung, Absonderung und Befriedigung der Massegläubiger noch verbleibt, wird endlich als Konkursmasse bezeichnet, die zunächst den Konkursgläubigern mit Vorrang zur Verfügung steht. Hier stehen an erster Stelle die rückständigen Lohnforderungen. Wenn also Arbeiter bei einem Konkurs mit ihren Lohnforderungen noch zum Zuge kommen wollen, müssen alle günstigen Voraussetzungen gegeben sein, was jedoch nur sehr selten der Fall ist, weil heute im Gegensatz zu früher der überwiegende Teil, oft die gesamte Masse zur Aus- und Absonderung freigegeben oder zur Tilgung der Massegäulden verwendet werden muß. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß, wenn Arbeiter auf das Vorgangsrecht ihres Lohnes bauen und bis zum letzten Augenblick warten, sie Gefahr laufen, leer auszugehen. Genau wie jede andere Person, die einem in Geldnot befindlichen Unternehmer Mittel zur Verfügung gestellt hat, sich Sicherungen geben läßt, müssen auch die Arbeiter, die Teile ihres Lohnes freiwillig oder gezwungen stehen lassen, Sicherungen verlangen, eventuell dadurch, daß sie eine Interessengemeinschaft gründen und unter Führung des Betriebsrates oder einer eigens zu diesem Zweck eingesetzten Kommission sich Gegenstände, Waren oder andere Vermögensstücke, die im unbedrängten Eigentum des Arbeitgebers sind, übereignen lassen. Voraussetzung für Rechtswirksamkeit und Rechtsgültigkeit ist hier jedoch, daß die Arbeiter oder ihre Vertreter weder von einer beabsichtigten Zahlungseinstellung noch von einer Absicht, den Konkurs anzumelden, oder einer Absicht des Unternehmers, die Arbeiter vor den übrigen Gläubigern zu begünstigen, Kenntnis hatten. Die Uebereignung muß auch unter Beachtung der gesetzlichen Formalitäten rechtzeitig erfolgen, damit sie nicht später angefochten werden kann.

Soziologie der Hitlerbewegung

In der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ sind alle Bevölkerungsschichten vertreten. Gutsbesitzer und Großindustrielle, pensionierte Offiziere und Beamte, Bauern und selbständige Gewerbetreibende, Angestellte und Arbeiter. Zahlenmäßig überwiegt der Mittelstand, der sich von allen anderen bürgerlichen Parteien verzettelt hat und nun Zucht zu Hitler genommen hat. Die im politischen Leben stehende Arbeiterklasse weiß, daß das deutsche Kleinbürgertum keine feste politische Auffassung und Ueberzeugung besitzt. Es schwankt zwischen den Parteien hin und her, es ist nicht rechts und nicht links, es ermöglicht daher fortwährend neue Parteibildungen. Daß bei der Reichstagswahl im September 1930 genau 27 Parteien mit eigenen Kandidaten auftreten konnten, ist zurückzuführen auf die schwankende politische Haltung des Kleinbürgertums. Wer den Kleinbürgern die größten Versprechungen macht, gewinnt sie, um sie sofort wieder zu verlieren, wenn sie sich betrogen fühlen oder wenn eine andere Partei größere Versprechungen macht.

Die führende Schicht der Nazi-Partei setzt sich zusammen aus den studierten Söhnen des Mittelstandes, ehemaligen Militärs, vereinzelt auch Unternehmer und Arbeiter. Der letztere als Konzeptions-schulze. Nach der Revolution sind die durch die wirtschaftliche Entwicklung proletarisiereten Söhne des Mittelstandes in Scharen zur Sozialdemokratie gestochen. Sie haben geglaubt, daß sie nur zu kommen brauchen, und die besten und einträglichsten Ämter werden ihnen zur Verfügung gestellt. Mit ihrem gelehrten Wissen werden sie, so rechneten sie, dem Arbeiter imponieren, der sich dankbar erweisen werde. In diesen Hoffnungen sind sie getäuscht worden. Bei der Sozialdemokratie gab es keine Pflichten, die Arbeiterschaft hat in ihren eigenen Reihen joviell begabte und wissenschaftliche Köpfe, daß ihr Führermaterial vollauf gedeckt ist. Die Gründung der Hitlerpartei war diesen Schichten eine willkommene Gelegenheit, ihr Heil dort zu versuchen. Und sie haben sich darin nicht getäuscht. Diese sogenannte „Arbeiterpartei“ steht daher ganz unter dem Einfluß des geistig gebildeten Mittelstandes, weshalb diese Partei auch niemals eine Politik treiben kann, die die Interessen der Arbeiterschaft in den Vordergrund stellt. Wenn dort von Arbeiterpolitik geredet wird, so ist das nur ein Mittel zum Zweck. Man will die Arbeiterschaft einfangen, man will, und dies ist der Hauptzweck der nationalsozialistischen Agitation, die politische und gewerkschaftliche Machtstellung niederreißen, um sie den Ausbeutungsabsichten der Unternehmer schuklos preiszugeben. Der nationalsozialistische Agitator Friedrich schreibt in seiner Broschüre „Unter dem Hakenkreuz“: „Dr. Goebbels ist einer von denjenigen, die grundsätzlich behaupten, daß in einem revolutionären Kampfe die Arbeiter keine Führerrollen übernehmen dürfen, da diese nur den Akademikern zuteil kommen.“ Der Arbeiter ist also in dieser Partei nur Staffage.

Auch die ehemaligen Militärs, die durch die Abschaffung des Berufsheeres um ihre Karriere gekommen sind, sind in dieser „Arbeiterpartei“ sehr zahlreich vertreten. Prinzen, Generäle und andere militärische Würdenträger spielen sich als „Arbeiterführer“ auf. Prinz August Wilhelm von Preußen, General von Epp, Kapitänleutnant von Killinger und der berühmteste General Liebert, der als Gründer des einstigen Reichslügenverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bekannt ist, sind führende Persönlichkeiten in dieser „Arbeiterpartei“. Der italienische Faschistenführer Mussolini, der gewiß nicht voreingenommen ist, beurteilt in der Monatszeitschrift „Die Hierarchie“ die Führer der Nazi-Partei wie folgt: „Es genügt, die Namen der Führer der Nationalsozialisten anzusehen, lauter Würdenträger aus der wilhelminischen Zeit, die nicht, wie in Italien, die Masse des Volkes repräsentieren, das die Opfer des Krieges brachte. Es sind Vertreter der Militärkaste, die Generationen hindurch Deutschland mitregierte, es in die Katastrophe von Versailles führte und jetzt mit Hilfe einer nationalsozialistischen Propaganda, die ausschließlich ihren Interessen dient, versucht, den politischen Boden und die wirtschaftliche Macht wieder zu erlangen.“

Auf dem Lande liegt die Führung der Hitlerpartei fast ausschließlich in den Händen der Gutsbesitzer. Wo auf den Gütern Arbeiter als Vorherrscher der Nazigruppen auftreten, sind sie vorzuziehen, zum Teil auch durch die wirtschaftliche Abhängigkeit dazu gezwungen. Außerordentlich stark ist der Adel vertreten. Wir nennen einige Namen. Bezirksleiter der Nazis im Kreise Friedberg ist der Gutsbesitzer v. Schaaf-Schlanow, Bezirksleiter im Kreise Croßen a. d. Oder von Amon-Cunow, Bezirksleiter und Wanderredner im Kreise Landsberg Graf Wedel-Gerzlow, Bezirksleiter in der Grenzmark von dem Knebeck, Wanderredner Dr. v. Leers usw. Wir finden unter den ländlichen Führern Namen wie von Armin, von Bredow, von Salbern und andere feudale Junker.

Die Hitlerbewegung nennt sich „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Diesen Titel hat Hitler gewählt, um Arbeiter für seine Bewegung einzufangen. Hitler und seine Anhänger bekämpfen alle sozialistischen Tendenzen, sie nennen sich aber „Sozialist“ und „Genosse“. Nach eigenem nationalsozialistischem Geständnis sind nur etwa 15 bis 20 Prozent der Mitglieder und Nachläufer Arbeiter im engeren Sinne. Um dieses alldeutsche Miß-

verhältnis zu vertuschen, werden auch die kleinen Händler und Bauern als Arbeiter gerechnet. Die nationalsozialistischen Agitatoren, die zumeist den Dokortitel tragen oder pensionsbeziehende ehemalige Offiziere sind, zählen sich, wenn sie Arbeiter als Zuhörer haben, auch zu den Arbeitern. „Wir sind alle Arbeiter“ . . .

Während also die Arbeiter in dieser „Arbeiterpartei“ nur schwach vertreten sind, ist die bürgerliche Mittelschicht um so stärker vorhanden. Abgewirtschaftete Existenzen, ehemalige Offiziere, die in der Republik keine Möglichkeit mehr zum Rekrutendienen haben, studierte Söhne des Mittelstandes, die schwer ein Unterkommen finden, kleine, mit den hohen Steuern unzufriedene Händler und selbständige Handwerker, Bauern und Bauernsöhne, denen der Preis für ihre Agrarzeugnisse nicht hoch genug ist, und deshalb auf das „System“ schimpfen, und endlich die politischen Hochstapler, Salonlöwen, Betrüger und Schwindler großen Stils, die sich jeder neugegründeten Partei anschließen, weil sie in den alten Parteien bereits erkannt und bekannt sind, bilden den Stamm der Nazi-Partei. Dazu kommen noch Unternehmer und Gutsbesitzer, und im Gegensatz zu dem jungen männlichen Element der Hitlerbewegung merkwürdigerweise viele ältere Mädchen, die mit Hitler die Welt „sittlich erneuern“ wollen. Es sei erwähnt, daß der Nationalsozialist Jeder erklärt hat, die Frau soll wieder „Magd und Dienerin“ sein.

Die Führer der Nationalsozialisten wissen selbst, daß sich die Mehrheit ihrer Anhänger und Mitläufer aus schwankenden Elementen zusammensetzt. Sie wissen auch, daß es nicht Ueberzeugung ist, die sie Hitler in die Arme getrieben hat, sondern Verärgerung, Verzweiflung und Unzufriedenheit. Die „Nationalsozialistischen Briefe“ vom 1. Januar 1930 schreiben selbst: „Und in der Tat, die Motive des Eintritts in unsere Partei sind manchmal seltsam! Dort ein wildgewordener Spieler, dem die Deutschenationalen „nicht mehr rechts genug sind“, dort hat sich jemand über einen Juden geärgert, dort werden banale Alltagsmenschen durch eine energiegeliche Bekanntheit bearbeitet, bis sie schließlich, um den guten Freund nicht zu ärgern und ihn zugleich im Augenblick los zu werden, den Schein unterschreiben. Dort hat ein junger „Poussierstengel“ Gefallen an der schmutzigen SA-Uniform gefunden, und er vollzieht seinen Eintritt in die Bewegung zugleich mit einem Neugierigen, der schon überall mal dabei war.“

Mit diesem aus allen Bevölkerungsschichten zusammengewürfelten Haufen, der von ehemaligen Militärs und verarmten bürgerlichen Existenzen geführt wird, kann niemals Arbeiterschaft gemacht werden. Hier will jeder auf seine Kosten kommen, keiner möchte zurückstehen. Hitler selbst, dem diese Unmöglichkeit mit dem Wachstum seiner Partei immer mehr zum Bewußtsein gekommen ist, versucht dieses Gemisch aus allen Bevölkerungsgruppen mit phrasenhaften Reden zufriedenzustellen. Es kann sich jeder etwas daraus nehmen. Es ist für die Unternehmer, für die Bauern, für die Arbeiter, für alle etwas drin. Doch was theoretisch möglich ist, läßt sich in der Praxis nicht durchführen, und manchem gutaläubigen Arbeiter, der in Hitler die Rettung gesehen hat, sind inzwischen die Augen aufgegangen.

Der Kampf um den Lohn in England

Naturgemäß schlug die Lohngestaltung in England seit dem Kriege andere Bahnen ein als in Deutschland. Während sich der Lohn in Deutschland nach der Inflation durch gewerkschaftliche Anstrengungen langsam erhobte, und die deutschen Arbeiter sich gegen Ende 1927 wieder einen anständigen Lebensstandard erkämpft hatten, blieb der englische Lohn seit 1924 stabil. Das lag daran, daß der englische Lohn für Handwerker nach den Aufwahlen der ersten Nachkriegsjahre etwas über den Standard von 1914 stehen blieb, der Lohn der ungelerten Arbeiter jedoch weit über den Standard von 1914 hinausging, was besonders bei den Eisenbahnbediensteten der Fall war.

Nun schreibt die frei-konservative Wochenzeitung Observer in ihrer Nummer vom 8. Februar:

„Allgemein herrscht die Ansicht vor, zur Eindämmung der Wirtschaftskrise sei eine allgemeine Lohnenkung notwendig, besonders auch deshalb, weil die Lebenshaltungskosten gemessen am Index, bedeutsam gefallen sind. Eine Lohnenkung wäre also ohne schweren Schaden für die Arbeiterklasse möglich.“

Am 1. Januar stand der Index über dem Niveau von 1914, was einer Senkung von 13 Punkten in den letzten zwölf Monaten gleichkommt. Für Lebensmittel allein stand der Index auf 38 Punkten über dem Niveau von 1914, was eine Senkung von 19 Punkten bedeutet. Im Vergleich zu 1920, wo der Index auf 156 Punkten stand, ist die Senkung also sehr bedeutend.

Dieser Zustand wird nun als Argument für den allgemeinen Lohnabbau ins Feld geführt. So drängen die Eisenbahngesellschaften auf einen Lohnabbau von 10 Prozent, das ist eine Lohnsenkung von 11 Millionen Pfund Sterling (oder 220 Millionen Mark). Um diesen Lohnabbau schmachtbarer zu machen, lassen die Aktionäre darauf verweisen, ihre Dividenden seien bereits 13 750 000 Pfund Sterling niedriger als vom Parlament 1923

für angemessen taxiert wurde, während andererseits die Löhne um 20 Prozent über dem Vorkriegslohn ständen.“

Ist aber die Dividende gesunken, so läßt sich doch nicht leugnen, daß sie immer noch 50 Prozent höher ist als in der Vorkriegszeit. Kein Wunder also, wenn sich die Eisenbahngewerkschaften gegen den Lohnabbau zur Wehr setzen. Der Kampf der Eisenbahngewerkschaften wird zur Zeit im Zentralschlichtungsausschuß für Eisenbahner ausgefochten, wo die drei großen Eisenbahngewerkschaften die Sache ihrer Mitglieder mit großem Geschick vertreten. Vor allem auch versuchen sie die Lage bestimmter unglücklich gestellter Zwischengrade trotz Lohnabbauabsichten zu verbessern. Auf den Ausgang dieser wichtigen Verhandlungen, die nicht von kurzer Dauer sind, kann man gespannt sein. Man will also auch in England den Lohnsenkungsapparat in Bewegung setzen.

So machte das englische Unternehmertum in den letzten Tagen einen neuen Vorstoß. In einem an die Regierung gerichteten Schreiben verlangt die Hauptunternehmerorganisation die Regierung solle Schritte zu einer generellen Lohnabbauaktion unternehmen, weil England „gegenüber den viel niedrigeren Löhnen in den Kontinentalländern nicht mehr konkurrenzfähig ist und die Lohnenkung zu einem Gebot der Stunde wird“. Schleierhaft bleibt freilich, wie die englische Regierung dieses „Gebot der Stunde“ in die Praxis umsetzen soll. Wahrscheinlich ist es den Drahtziehern der Unternehmer auch gar nicht ernst gemeint mit dieser Forderung. Worauf sie hinstreben ist: Der Unternehmerverband verlangt eine Kürzung der Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung um ein volles Drittel. Man rüftet schon jetzt, um gewappnet zu sein für den Kampf gegen das zweite Staatsbudget der Arbeiterregierung . . .

Die Philipp Snowden, Finanzminister der Arbeiterregierung, kürzlich dem Parlament mitteilte, werden ab 1. März die Gehälter aller Staatsangestellten und Beamten gesenkt, wodurch der Staatshaushalt eine Ersparnis von fast 3 1/2 Millionen Pfund Sterling pro Jahr ergibt. Dieser Lohnabbau stützt sich auf den gesunkenen Index. Alle diese Erklärungen sind ein Beweis dafür, wie sehr auch die Lohnabbauaktion ein Symptom der Weltwirtschaftskrise ist.

Wird aber in dieser Hinsicht auf die Dinge hingewiesen, dann nur um darzutun, wie wenig das deutsche Unternehmertum ein Recht hat, sich auf englische Verhältnisse zu berufen. In England war auch während der deutschen Hochkonjunktur der Lohn immer noch um ein volles Drittel höher als in Deutschland. Außerdem stand der englische Lohn trotz der bereits 1930 vorgenommenen Lohnsenkungen auf 70 Punkten über dem Standard von 1914. Da aber der allgemeine Index 56 Punkte über dem Standard von 1914 steht, wirkt sich ein englischer Lohnabbau immer noch nicht so schlimm aus als ein deutscher. Versteht man doch in Deutschland den Lohnabbau unbekümmert um den Lebensstandard der Arbeiter durchzudrücken, was vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus geradezu widersinnig ist. Trotz aller wissenschaftlichen Begründungen zugunsten des Lohnabbaus bleibt die Tatsache bestehen, daß die Senkung der Lebenshaltung des Volkes eine große Gefahr für die Volkswirtschaft bedeutet. Allgemein hat sich die Erkenntnis durchgerungen, der Hauptpunkt der Weltwirtschaftskrise bestehe in der weit aufgerissenen Kluft zwischen Erzeugungs- und Kaufkraft. Je mehr die Kaufkraft des Volkes eingeengt ist, desto mehr sinken die Absatzmöglichkeiten. Hier einen Ausgleich zu finden ist die nächste Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Wohl hat die Regierung Brüning es öffentlich als ihre Aufgabe betrachtet, den Lohnabbau ohne Senkung des Reallohnes zu bewerkstelligen, was nur durch fühlbare Preisenkung denkbar ist. Von einem durchgreifenden Erfolg, den die Regierung gegen den heißhungrigen Monopolkapitalismus unternimmt, merkt man bis jetzt bitter wenig. Ist es da nicht an der Zeit, die Hauptkraft auf dieses Gebiet zu verlegen?

B. Wtz.



Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.

Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Aus dem Wetterwinkel



In München, der bayerischen Hauptstadt, aus der bekanntlich und im allgemeinen nichts gutes kommt für den gärenden politischen Brei und wo man die 4-Millionen-Stadt Deutschlands an der Spree mit Vorliebe als den politischen Wassertröpfchen bezeichnet und wo er sich mit dem Hakenkreuz zudeckt und dabei vom „Dritten Reich“ träumend phantasiert, dort hat die „größte Tageszeitung Bayerns und Süddeutschlands“ der gesamten Natursteinindustrie indirekt und der Bayerischen direkt einen Dienst zu leisten versucht. Diese Zeitung

hat in ihrer Sonntagsausgabe vom 8. Februar, gleich auf der 1. Seite einen Artikel gebracht mit dem bekannten Zitat als Ueberschrift aus der Ballade über Kaiser Rothbart Lobesjam: „Biel Steine und wenig Brot.“ Das Wort „gab's“ wurde wohl mit Absicht aus dem Zitat fortgelassen, weil in den Granitbrüchen Niederbayerns, der Oberpfalz und in Oberfranken der Zustand des „viel“ und „wenig“ seit Jahren ein Dauerzustand ist. Der Artikel-Schreiber in der erwähnten Münchener Tageszeitung ist Herr Dr. E. von Aretin, der von einem Freund aus Passau folgende Zuschrift über einen Steinarbeiter im Bayerischen Wald erhielt:

„Ein Arbeiter, Vater von sieben Kindern, kann keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, da er die gesetzlich verlangten Voraussetzungen nicht reiflos erfüllt. Es steht ihm sonach nur Unterstützung durch seine Wohnortgemeinde zu, eine arme kleine Steinhauergemeinde, die das Geld durch Umlagen erheben müßte. Das verlangen ist der Arbeiter zu anständig. So hungert er also mit Frau und sechs Kindern — das siebente ist 15 Jahre alt und „Hilfsbaube“ in einem Sägewerk. Und zu erhalten diese acht Köpfe von einem mildtätigen Kleingüter, wenn einer einmal von seiner Kuh etwas übrig hat, einen halben Liter Milch. Vor vierzehn Tagen hatten sie ausnahmsweise einen Laib Brot. Den erhielt sie dadurch, daß es dem Arbeiter gelang, eine Kasse zu fangen, ihr Fell zu präparieren und einer gichtkranken Frau zu bringen. Als Dank erhielt er diesen Laib Brot. „Das war kurz vor Weihnachten“, erzählte der Arbeiter, „und so hatten wir auch eine kleine Weihnachtsfreude!“ Für acht Köpfe ein Laib Brot als Weihnachtsfreude! Im Leben bleiben sie zur Zeit nur dadurch, daß die Kinder in ihrer Schule täglich eine warme Schulsuppe erhalten. Der Arbeiter, der das Geld zur Fahrt nicht besaß, war zu mir nach Passau fünf Stunden zu Fuß gegangen und durch Unterzehrung und Unterernährung am Zusammenbrechen.“

Gestützt auf das vorstehende, tatsächliche Jammerbild fügt nun Herr von Aretin aus eigener Kenntnis des Bayerischen Waldes hinzu, daß diese Schilderung die dortigen Notzustände treffender beleuchtet als es die beste Feder könne. Die Genügsamkeit der Waldler sei erschütternd. Daß dem wirklich so ist, wissen die

Steinklopfer Deutschlands seit Jahrzehnten, denn im Bayerischen Wald werden noch heute und wurden schon immer die niedrigsten Löhne bezahlt, eben wegen dieser erschütternden Genügsamkeit. Die allerdings, das kann hier gleich mit eingestuft werden, von den dort in Frage kommenden Unternehmern auch in früheren besseren Geschäftszeiten überreichlich ausgenutzt wurde, wie noch jetzt. In dem Artikel heißt es dann weiter:

„Im niederbayerischen Grenzgebiet sind nicht weniger als 10 000 Arbeiter auf den Verdienst in den Steinbrüchen angewiesen, das heißt, wenn man die oft sehr kinderreichen Familien berücksichtigt, sicher nicht weniger als 40 000 Köpfe. In der Oberpfalz und in den oberfränkischen Grenzbezirken ist es ähnlich. Aber in den Steinbrüchen, die den besten Granit Mitteleuropas fördern, ist das Lied der Arbeit verstummt. Als Baumaterial ist der Granit im allgemeinen zu teuer und nur unter ausnehmend guten Frachtkonditionen verwertbar, wie in der Oberpfalz ein paar besonders lobenswerte Siedlungsbauten in Floß zeigen. In den Städten wird er kaum mehr verwendet . . .“

So wäre Hilfe nur zu erwarten, wenn der Straßenbau wieder zum Granitpflaster zurückkehrte, von dem die Notwendigkeit ihn vertrieben, nach dem Kriege schnell und in möglichst großem Umfange die Ueberlandstraßen aus der Vernachlässigung der Kriegszeit zu reißen und dem unerhört gestiegenen Kraftwagenverkehr anzupassen. Hierfür waren andere Techniken, vor allem der Teerastpflaster, vielfach brauchbarer . . .“

In Württemberg und im Saargebiet fährt man auf den großen Durchgangsstraßen bereits fast ausschließlich über Kleinsteinpflaster, an dem auch die bayerischen Steinbrüche erheblich beteiligt waren. Aus Preußen kommt die Meldung, daß am 21. Januar 1931, also vor vierzehn Tagen, im Hauptauschuß des Landtages ein Zentrumsantrag Annahme fand, dem Steinstraßenbau gegenüber dem modernen Straßenbau den Vorzug zu geben, der zwar in der Herstellung billiger sei, in der Unterhaltung aber derartig kostspielig, daß Steinpflasterstraßen im Endziel billiger werden.

Aber erbittert erlebt es der Steinarbeiter im Bayerischen Wald, daß bis an seine Brüche der moderne Straßenbau geht, ihm die Arbeit und seinen Werken den Kredit nehmend, daß ihr Material etwas taue . . .“

40 000 Menschen hungern in Niederbayern wegen dieser Haltung, in der Oberpfalz sind es gewiß nicht weniger. Ich habe mir die Ziffern der beiden letzten Reichstagswahlen geben lassen für jede Gemeinde des Gebiets. In den Gemeinden der stillgelegten Steinbrüche stiegen die kommunistischen Stimmen oft auf das Dreifache. Von den anderen extremen Parteien zu schweigen. Und das in einer genügsamen, zu keinem Radikalismus neigenden Grenzbevölkerung, die zur staatsstreuesten des Landes zu erziehen das ABC-Buch der Politik verlangt! Man sage nicht, daß es die Sicherheit des Staates nicht gefährde, wenn in entlegenen Dörfern eine Not wächst, die zu kommunistischen Gedanken gedrängt wird, so fremd sie dem einzelnen sein mögen. Die Stimmen addiert ein Tag der Entscheidung, ruft den zur Macht vom morgen, der nichts

zu ihrer Handhabung mitbringt als die Verzweiflung von heute. Wer hier die Streitfrage, ob Teerastpflaster oder Granitpflaster, noch als wesentlich empfindet, der soll die Hände lassen vom Staat und in die Experimentierstube zurückkehren, wohin die Frage angeht der öden Steinbrüche heute bestenfalls gehört.“

Das ist alles richtig gesehen und treffend gesagt. Erfreulich ist ebenfalls, wenn Herr von Aretin folgendes feststellt:

„Gewiß ist auch in den Steinbrüchen nicht alles im schönsten Lot. Wenn in einem Bruch, der im Besitz einer Brauerei ist, der Wochenlohn Samstags nicht nach Arbeitschluß um 1 Uhr am Arbeitsplatz, sondern erst um 5 Uhr in der überhitzten Kantine ausbezahlt wird, wo der Wirt einen Großteil des Lohns gleich als Zechen abzieht, so besteht kein öffentliches Interesse, diese Sorte Geschäfte zu fördern . . .“

Das sind so die Begleiterscheinungen der niederen Löhne und der Lebensnot. Wo jedoch der Zusammenhalt der Steinklopfer und ihr Selbstbewußtsein sich gewerkschaftlich verankert hat, da sind solche Auszahlungsmaßnahmen des vorigen Jahrhunderts längst beseitigt worden. Die Bayerische Gewerbeaufsicht wird sich hoffentlich recht bald und energisch dieses ungeseligen Systems annehmen, nachdem es in der Öffentlichkeit, so wie es sich auch gehört, angeprangert wurde.

Nun wird der Artikel auch sonst seine Blasen ziehen, denn von Aretin schreibt noch: „Man verbindet heute noch die Stellungnahme der Regierung in der Straßenbaufrage mit gewissen Verbindungen hoher und einflussreicher Beamter mit bestimmten Firmen, von denen die wichtigste sogar nicht einmal deutsch, sondern englisch sein soll. Hier tut Aufklärung not, hier hat der Landtag seine Pflichten. Die große Frage geht darum, daß die Sauberkeit unserer heutigen Staatsverwaltung vor aller Öffentlichkeit in tausend Wirtschaften angezweifelt wird und sich daher maßlos erweisen muß, soll der Staat nicht Schaden leiden. Denn es ist nicht leicht, sich Schlummer zu denken als eine Waage, in deren Schale ein paar Privatinteressenten das Uebergewicht haben über rund hunderttausend hungernde Landsleute in der anderen!“

Der Bayerische Landtag hat sich bereits am 13. Februar mit dem Inhalt des Artikels beschäftigt. Vom Innenminister wurde erklärt, daß nach seinen Untersuchungen die in Betracht kommenden Ministerialbeamten keine Beziehungen zur englischen Asphaltfirma haben. Auch der Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages beschäftigte sich aus Anlaß der angeführten Frage mit dem Straßenbau. Ein Ministerialrat machte dort eine Rechnung auf gegen das Steinpflaster, die immer unsinniger wird, je öfter man sie liest und für die wir beruflich die Bezeichnung „Milchmädchen-Rechnung“ haben, auf die im „Steinarbeiter“ noch näher an anderer Stelle einzugehen ist.

Soweit ist das Vorstehende der Sachverhalt, den man aus den Münchener Tageszeitungen entnehmen kann. Ganz klar ist die Höhe der Verbindungen aber jedenfalls noch nicht. Interessant ist nun, daß die Straßenbau G. m. b. H. München und die Kalk-

Unterstützung für Kurzarbeiter

Neuer Erlass des Präsidenten der Reichsanstalt

Nach der letzten Aenderung der Rechtslage der Kurzarbeiter in der Arbeitslosenversicherung vom 5. November 1930 darf Kurzarbeiterunterstützung nur gewährt werden, wenn in dem Betrieb oder einer Abteilung unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens acht volle Arbeitstage, in jeder Kalenderwoche aber mindestens zwei Arbeitstage für die Mehrheit der Arbeitnehmer durch Kurzarbeit oder Aussetzen ausgefallen sind und dadurch das Arbeitsentgelt entsprechend verringert worden ist. Der Präsident der Reichsanstalt hat durch Erlass vom 6. Februar 1931 der Vorchrift eine soziale Auslegung gegeben. Das Erfordernis, wonach neben dem Ausfall von 3, 4 oder 5 Arbeitstagen eine „entsprechende“ Verringerung des Arbeitsentgelts vorliegen muß, ist nicht dahin zu verstehen, daß der Kurzarbeiter in keinem Falle mehr als 50 Prozent seines bisherigen Wochenlohnes verdienen darf. Die Verordnung will z. B. einem Affordarbeiter den Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung nicht schon darum versagen, weil er nach Uebergang zur Kurzarbeit infolge der normalen Schwankungen des Affordverdienstes oder durch intensiveres Arbeiten in der verkürzten Arbeitszeit zeitweilig mehr Lohn verdient, als er bisher in der gleichen Arbeitszeit durchschnittlich verdienen konnte. Ein Grund zur Verlangung der Kurzarbeiterunterstützung liegt auch nicht darin, daß der Arbeitnehmer während der Kurzarbeit in den Genuß sozialer Zulagen tritt, die im Tarifvertrag etwa bei Erreichung eines bestimmten Lebensalters oder bei Familienzuwachs vorgesehen sind, oder daß durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages eine andere Entlohnung festgelegt wird. Geringfügige Nebenleistungen, die nach dem Arbeitsvertrag zustehen und bei Einführung der Kurzarbeit nicht entsprechend dem Barlohn geführt werden können, sind bei Feststellung der „entsprechenden Verringerung“ des Arbeitsentgelts außer Betracht zu lassen. Was im Einzelfalle unter geringfügiger Nebenleistung zu verstehen ist, bestimmt sich nach den jeweiligen Verhältnissen unter billiger Berücksichtigung des Wertes der Hauptleistung. Als geringfügig wird eine Nebenleistung im allgemeinen angesehen werden können, wenn ihr Wert 10 Prozent des verbleibenden Kurzlohnes nicht übersteigt. Jedoch sind Kost und Logis, die etwa neben Barlohn gewährt werden, in keinem Falle eine geringfügige Nebenleistung.

Noch eine Stimme über Stilwandel und Steinmehgenot. Die besondere Notlage der Bildhauer und des Steinmehgewerbes, hervorgerufen durch die moderne Stilrichtung, die fast jeden ornamentalen Schmuck vermissen läßt, hat auch der Handwerkskammer zu Stettin und K. S. in wiederholt Veranlassung gegeben, durch entsprechende Eingaben an die maßgebenden Behörden heranzutreten, um ihnen die für diese Handwerke katastrophalen Folgen der neuen Sachlichkeit vor Augen zu führen und darauf hinzuweisen, daß man der modernen Geschmacksrichtung auch gerecht zu werden versuchen müsse, ohne auf die Kunst dieser Handwerke zu verzichten. Es wurden auch entsprechende Zusagen gegeben. An verschiedene Reichsministerien, an die Länderregierungen, an den Deutschen Städtebund und an den Reichsstädtebund richtete der Reichsverband der deutschen Handwerkskammern zur Hebung der Notlage im Bildhauer- und im Steinmehgewerbe. Die darauf erteilten Antworten lassen erkennen, daß die Behörden den Wünschen dieser Handwerke durchaus Verständnis entgegenbringen und geneigt sind, ihrerseits dazu beizutragen, den berechtigten und beachtlichen einschlägigen Forderungen Geltung zu verschaffen.

Außerordentlich hinderlich der Durchführung dieser Bestrebungen der von der modernen Stilrichtung hart betroffenen Handwerke sind natürlich die überall beschränkten Mittel, da mit der ausgiebigen Berücksichtigung ornamentaler Arbeiten eine gewisse Verteuerung der Objekte einhergeht. Dies wird auch von den Behörden mit offensichtlichem Bedauern festgestellt, weil die allgemeine schlechte Finanzlage überall Sparsamkeit gebietet und daher die Mittel auf das Äußerste beschränkt sind. Da dies wesentlich mit zu den Gründen gehören dürfte, die einer Wiederbelebung der Bildhauer- und Steinmehstätigkeit entgegen stehen, hegt die Kammer Stettin die Hoffnung, daß, nachdem sich die neue Stilrichtung aus dem Stadium des Extremes endgültig herausgehoben hat, im Verein mit einem wirtschaftlichen Wiederaufstieg die diesen Berufsarten zukommende Bedeutung wieder zuteil werden wird und sie somit einer neuen Zukunft entgegensehen.

Uderrath. Unsere Jahresversammlung fand am 31. Januar bei guter Beteiligung statt. Gauleiter Kollege Braun hielt einen Vortrag über den „Reichsarbeitsvertrag, Lohnverhandlungen und die jegige Wirtschaftskrise“. Die Ausführungen des Kollegen Braun wurden mit Beifall aufgenommen. Da der Vorsitzende, Kollege Göddner, auf der Bundesfeier in Bernau ist, gab der Kassierer, Kollege Stockhausen, den Jahresbericht bekannt, woraus zu sehen war, daß im Jahre 1930 viel Arbeit für die Kollegen geleistet wurde. Der Jahresbericht wurde gutgeheißen, der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Dem Zahlstellenvorstand wurde für seine unermüdete Arbeit Dank ausgesprochen. Zum Schluß mahnte Kollege Braun, dem Verband treu zu bleiben, damit wir den kommenden Kämpfen gewachsen sind.

Gumbinnen. Seit geraumer Zeit waren die Spalter der Gewerkschaften auch in unserer Zahlstelle am Werk, um die Führung in die Hand zu bekommen. Es gelang ihnen dadurch, daß von einzelnen Kollegen, die mit der KPD sympathisierten, Propaganda getrieben wurde, die KPD-Anhänger als Zahlstellenvorstand zu wählen, was auch in unserer Generalversammlung am 4. Januar durch Stimmenmehrheit erreicht wurde. Auf Hinweis des alten Zahlstellenvorstandes wurden die Gewählten nicht vom Hauptvorstand anerkannt. Um aber doch Anerkennung vom Hauptvorstand zu erlangen, wurde von Kollegen Wallat eine Protestliste an den Hauptvorstand gerichtet, auf der sich mehrere Kollegen aus Unkenntnis der Folge unterzeichneten. Durch diese Handlung wurden die Kollegen vom Hauptvorstand ausgeschlossen. Auf Grund dieser Vorgänge rief unser Bezirksleiter, Kollege Casper, am 12. Februar eine außerordentliche Versammlung ein, in der er die Kollegen über das Sein, und Nichtsein des Verbandes aufklärte. Am selbigen Tage hatte bereits eine Versammlung der KPD stattgefunden, zu dieser war der Oppositionelle, Kollege Werner aus Königsberg, als Redner erschienen. Sämtliche Teilnehmer, außer Werner, erschienen auch in unserer Versammlung. Kollege Wallat hat den Kollegen Casper um eine Aussprache, dem wurde stattgegeben. Sein Ziel ging dahin, die Mitglieder zu verwirren. Kollege Casper stellte dann die Frage an die Versammelten, wer für den Zentralverband der Steinarbeiter ist, möge sich von seinem Platz erheben. Zwei Drittel erhoben sich dafür Wallat stand, wie zuvor, zur Opposition, hierauf verwies Kollege Casper dem Kollegen das Lokal. Als andere noch Werner zu Wort kommen lassen wollten, schloß Kollege Casper die Versammlung und verließ mit den verbandsreuen Kollegen das Lokal. Die Versammlung wurde in einem anderen Lokal weitergeführt, hier referierte Casper über „Gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen“. Für die Mitwirkung von Arbeitsbeschaffung in unserer Provinz wurde dem Kollegen der Dank der Zahlstelle zuteil. Nach Erledigung sonstiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Gnadenfrei. Am 12. Februar hatte die Zahlstelle Generalversammlung, die im Gasthaus zur Krone stattfand. Der Kassierer berichtete vom 4. Quartal gab zu Beanstandungen keinen Anlaß, der Kassierer wurde entlastet. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß auch am Ort verschiedene Verschlechterungen zu verzeichnen sind. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß diese Verschlechterungen nur möglich waren durch die schlechte Entlohnung bei der Firma W. Thust, Groß-Kunzendorf, die auch neuerdings den Lohn bei verschiedenen Gruppen bis zu 15 Prozent gekürzt hat. Wenn wir uns die Weihnachtsummern der Werkszeitung der Firma W. Thust zur Hand nehmen, deren Inhalt vor lauter Nächstenliebe froht, so muß es eigentlich befremden, wenn man gerade diese Zeit ausgenutzt hat, den armen Steinarbeitern ein beträchtliches Stück Brot vom Tisch zu nehmen. — Der alte Vorstand wurde wieder gewählt. Dann hielt Kollege Suchner einen kurzen Vortrag über die allgemeine Lage. Ausgehend von den Septembervahlen schilderte er die Auswirkungen auf die Arbeiterchaft. Im besonderen wies er auf die Arbeitslosigkeit hin, die nicht nur in Deutschland, sondern international sei und alle Länder mehr oder weniger davon betroffen sind. Eine zweckmäßige Lösung dieser Frage kann nur durch gegenseitige Verständigung der Länder mit Hilfe der Arbeiterorganisationen herbeigeführt werden. Dann machte der Vorsitzende auf die Einspruchsfrist für Erwerbslose aufmerksam, die unbedingt eingehalten werden muß, wenn der einzelne keinen Schaden erleiden will. Mit einem Appell an die Kollegen, fest und treu zur Organisation zu halten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Breslau. Die Bezirkskonferenz der Steinmehfachgruppe des Tarifgebiets Niederschlesien am 11. Februar wurde vom Gauleiter Koll. Wie sie eröffnet mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Vertragsentwürfen und Stand der Verhandlungen. 2. Verschiedenes. 31 Vertreter waren von 21 Zahlstellen anwesend. Als Vorsitzender wurde Kollege Schröter, Breslau, als Schriftführer Kollege Schmiedel, Reichenbach, gewählt. Kollege Pfeife berichtete: Nach dem Beschluß der vorigen Bezirkskonferenz ist der neue Tarifentwurf, nach dem Eintreffen des Arbeitgeberentwurfs, unter Mitwirkung der Lohnkommission ausgearbeitet und den Arbeitgebern zugesandt worden. Jede bisher angebotene Verhandlung über den Tarifvertrag ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden mit der Begründung, daß sie erst dann in Verhandlung eintreten, wenn die Arbeitnehmer die Zustimmung geben, daß auch über die Löhne verhandelt wird. Die Kündigung des Lohnabkommens ist von den Arbeitgebern zu spät erfolgt und von den Arbeitnehmern nicht anerkannt worden. Gleichzeitig berichtete Kollege Pfeife über den Stand der Reichstarifverhandlungen, die hoffentlich in Kürze beendet werden können. Die Konferenz hat nun darüber zu beschließen, ob sie eine kleine Lohnherabsetzung in Kauf nehmen will, um auf der anderen Seite die Verschlechterung des Tarifs, wie von den Arbeitgebern geplant ist, abzumehren (Einführung der Affordarbeit, Wegfall der Ueberlandzulage und der Wohlfahrt). Die Unternehmer versuchen, Einzelabkommen abzuschließen, wenn der Tarif nicht unter Dach kommt. Nach langer, eingehender Aussprache wurde mit 26 gegen 5 Stimmen beschlossen, Gauleiter und Lohnkommission zu ermächtigen, Tarifverhandlungen anzubahnen, ohne jedoch die bestehenden Löhne zu gefährden. Die Konferenz war in der Mehrzahl der Ansicht, daß ein Verhandeln über die bestehenden Löhne nicht in Frage kommt. Gauleiter und Lohnkommission werden alles daransetzen, die geplanten Verschlechterungen zu verhindern, ermahnen aber auch gleichzeitig die Kollegen, keine dem Tarifvertrag zuwiderlaufenden Einzelabkommen mit Arbeitgebern abzuschließen. Eine nochmalige Durchberatung des Tarifentwurfs wurde gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung abgelehnt, da der Tarifentwurf bereits eingereicht ist und als Verhandlungsgrundlage dient, eine Aenderung daher nicht mehr möglich ist. Erregung verursachte die Schreibweise des Syndikus der Arbeitgeber, der in krasser Form dem Gauleiter den Besuch der Baustellen während der Arbeitszeit verbietet. Hierzu wurde eine Resolution an den Arbeitgeberverband geschickt. Unter „Verschiedenes“ wurde auf die neue Handwerkskammernovelle hingewiesen und die Innungsausführungsmittel angewiesen, nach Bedarf Verhandlungen anzubahnen, um die Innungsstatuten an die neuen Bestimmungen anzupassen, besonders in Lehrlingsachen. Hingewiesen wurde auch auf die vereinbarten Richtlinien zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Lehrlingswesen. Außerdem wird der Gauleiter die Vertretung beim Arbeitsgericht nur dann wahrnehmen, wenn die Zahlstellen in den einzelnen Fällen hierzu die Genehmigung erteilen und das hierzu erforderliche Material einsenden. Zur Sprache kam auch die Verrechnung der Mitgliedsbeiträge zur Invalidenunterstützung. Es wurde als ungerecht empfunden, wenn alte, verdiente, 25 bis 30 Jahre organisierte Kollegen nach dieser Verrechnung nicht einmal die Anwartschaft auf diese Unterstützung erfüllt haben, wie in einzelnen Fällen dargelegt wurde.

Wesermünde-Bremerhaven. Am 4. Januar hielt unsere Zahlstelle im Lokale Bud. Bremerhaven, ihre Generalversammlung ab. In Anwesenheit von 15 Mitgliedern wurde die Versammlung eröffnet. Auf der Tagesordnung standen vier Punkte. Vorsitzender Meyer gab zunächst einen Ueberblick über das vergangene Jahr. Es haben im Laufe des Jahres sieben Monats- und zwei außerordentliche Versammlungen stattgefunden. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Mitglieder, besser denn je zusammen zu halten, und die Versammlungen reger zu besuchen. Sodann erstattete Kollege O. Schwendler den Kassierenbericht, der laut Bericht der Kassieren sehr richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Nachdem die Neuwahl bzw. Wiederwahl des Vorstandes erledigt und auch die anderen Funktionen besetzt, wurde vom Kassierer angeregt, sich bei Arbeitslosigkeit gleich zu melden. Nachdem noch einige vertrauliche Sachen besprochen waren, wurde die Versammlung mit dem Wunsch auf ein besseres Jahr, vom Kollegen G. Meyer geschlossen. — (Red. Nicht beide Seiten beschreiben!)

Ferdinandshof. Am 22. Februar tagte unsere Versammlung in Anwesenheit des Gauleiters T. a. g. der Zahlstellen Rajewski, Heinrichswalde und Anklam. Der Besuch war vollzählig. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit Gruß an den Gauleiter und die Kollegen der Nachbarzahlstellen. Dann leitete der Kollege Kier die Besprechung über die „Allgemeine Lage“ ein. Hier wurde nun besonders die Not der Steinmehler betont. Die Spaltung unter den Steinmehlern ist so groß, daß man sie schon in Klassen einteilen kann. Trotzdem sie gemeinschaftlich organisiert sind, wird der, der Besitz hat, niemals für den Kollegen, der bloß Mieter ist, für Arbeit sorgen, sondern er nimmt lieber Unorganisierte mit, die fast ständig in Arbeit stehen. Es mögen in Zukunft diese Kollegen mehr Vernunft und Kollegialität beweisen. Erst dem der Lohn, der darum kämpft. Der Kollege Holz, Anklam, schilderte in kurzen Worten die Lage in seinem Kreise, die schlechte Bezahlung für Halbtagsknechte, daß Pflasterarbeiten für 60 Pfennig pro Quadratmeter geliefert werden. Darauf schilderte der Kollege Didenburg, daß es zu viel Arbeit für den Gauleiter ist, 82 Zahlstellen, ohne Nebenstellen, zu betreuen. Die Zentrale möge baldigst Abhilfe schaffen, indem ein Bezirksleiter angestellt werde für den Gau 1 Nordost. Dann schilderte der Kollege Didenburg die Kleinpflasterarbeiten und das Material. Er warnte jeden vor dem Affordhüten, denn damit würde das Steinmehgewerbe untergraben, weil keine einwandfreie Arbeit bei Affordarbeit geleistet werden könnte. Der Gauleiter ging auf das Vorgebrachte näher ein und stellte vieles richtig. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, die noch Absetzstehenden dem Verbands zuzuführen. In „Verschiedenes“ erfolgte keine große Debatte. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steinmehler Deutschlands schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Magdeburg. Am 22. Februar fand eine gut besuchte Funktionärsversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Heinze, gab die Tagesordnung bekannt und ließ den Kollegen Koch vom Zentralvorstand willkommen. Der Vorsitzende erstattete dann einen Bericht über zu wenig verrechnete Beitragsmarken bei der Buchumschreibung. Die Kollegen, die den Nachweis erbracht haben, dürfen nicht in ihrem Recht zurückgesetzt werden. Hierüber entstand eine rege Diskussion. Kollege Koch gab einen ausführlichen Bericht, der 1 1/2 Stunde in Anspruch nahm, über die Tätigkeit der Zentralleitung. Er brachte hierin zum Ausdruck, wenn ein Teil der Zahlstellentassierer pünktlich und ordnungsgemäß abrechnen würde, könnten viel Streitigkeiten vermieden werden. Mehrere Anfragen wurden vom Kollegen Koch zu vollster Zufriedenheit der Anfragenden geregelt. Kollege Schwarz gab dann einen kurzen Bericht über die letzte Lohnverhandlung, die aber noch nicht als geklärt angesehen werden kann, weil der Schlichter erkrankt ist. Kollege Heinze erledigte dann noch die Unterstützungsgehalte, machte noch einige Ausführungen über Marmor- und Schieferarbeiten und ob Frauen in dem Betriebe beschäftigt werden können. Kollege Koch machte den Vorschlag, sich mit einem Gewerbeaufsichtsbeamten in Verbindung zu setzen, um diese Angelegenheit zu klären, und brachte in seinem Schlußwort die Aufforderung, sich rege für den Verband einzusetzen, damit auch der letzte Kollege in unseren Reihen als Kämpfer zu finden ist. Hierauf stellte der Vorsitzende fest, daß die Aussprache mit dem Kollegen Koch sehr notwendig war. Damit hatte die Versammlung ihr Ende.

asphaltwerke G. m. b. H. München, beide in Firma Sager u. Boerner, in den Münchener Zeitungen große Erklärungen als Inzerate losgelassen haben, worin erklärt wird, also behauptet wird, daß ihre Straßendeden aus 92 Prozent Granitstein und 8 Prozent Teeraphtgemisch bestehen und in technischer und preisgestaltender Hinsicht im Deutschen Reich Unsehen erregt haben; daß an ihrer Firma kein ausländisches Kapital beteiligt ist und, daß die Colas, Kalkapht G. m. b. H. Dresden, in München nicht beteiligt und daß diese Dresdner G. m. b. H. eine durchaus deutsche Gesellschaft mit deutscher Verwaltung ist. Wie gesagt, das ist alles recht interessant zu lesen, aber das Schlußwort scheint in der Sache selbst noch nicht gesprochen, weil die Zusammenhänge, die bis nach Harburg zu dem Asphaltwerk Renania-Flag laufen, neu zu ihrem Wert in Düsseldorf und so weiter zu ihrem neuerrichteten Werk im Bayerischen Staatshafen von Schaffenburg, trotz aller Erklärungen noch unklar sind. Ich erinnere mich eines Streites der Colas Kalkapht G. m. b. H. gegen die Wasser- und Wegebau-Zeitschrift, der im Jahre 1928 ausgetragen wurde, oder vielmehr im Sande verlies, trotzdem die sehr mächtigen Kapitalisten in London mündeten.

„92 Prozent Granitstein und nur 8 Prozent Teeraphtgemisch“, so heißt es in der Erklärung, und was das nicht näher kennt, wird sagen: Ja, was will da die Naturstein-Industrie? Denn zu 92 Prozent wird ihr Produkt verwendet! Aber, daß diese 92 Prozent Granitstein keine Handarbeit bedingen, sondern von den Schotterwertern mit den Brecherwerkzeugen in einer Geschwindigkeit von 0,5 auf den Markt gepudt werden, das wissen nur die Eingeweihten. Eine kleine Rechnung mag das näher erläutern. 3. B. 10 Tonnen oder 200 Zentner dieses Granitsteins erfordern für etwa 3 Arbeiter nur einen Tag Arbeitszeit einschließlich Bohren, Brechen, Transport und Verladen, wenn es Maschinen-schlag ist. Wird aber dieselbe Menge durch Handschlag fertiggestellt, dann haben 3 Arbeiter 2 1/2 Tage Arbeit. Wird dieselbe Menge, also 10 Tonnen, als Kleinpflaster (Handarbeit) vorgegeben, dann haben 12 Steinarbeiter 1 Tag Arbeit, wird Großpflaster vorgegeben, dann haben gar 12 Steinarbeiter 1 1/2 Tag Beschäftigung. Man sieht aus dieser flüchtigen Rechnung, daß die Sache doch anders ausieht, wenn man ihr auf den Grund geht.

Wie die kapitalträchtigen Kreise arbeiten, um den Steinstraßenbau immer noch mehr in den Hintergrund zu drängen, das wissen sogar jene, die als Wege- und Straßenmeister mit dem direkten Straßenbau nur ganz lose in Verbindung stehen. Als Steinpflaster an der Chaussee und an manchem anderen beobachte ich das seit längerer Zeit. Denn diese „Straßenbeamten“ könnten doch schließlich mal gefragt werden über die Bewahrung dieser oder jener Straßendede und wie das mit den Schlaglöchern in der Fahrbahn ist. Diese Löcher in der Straßendede lockern den Automobilisten oft die Backen- und Goldzähne und sonstiges auch noch. Löcher in der Fahrbahn sind bekanntlich der Schrecken jedes Kraftwagenführers und der Autoinfassen. Nur schade, daß beide beim Fluchen über den hüpfenden Wagen ganz selten auf die Art der Straßendede achten, sondern knurrend weiterfahren. Aber die Wege- und

Straßenmeister, die sehen die Schlaglöcher genauer an, kennen ihre Zahl, kennen auch die Art der Straßendede. Das wissen nun die Geschäftsvertreter der neuen Straßendeden sehr genau, einerlei, ob sie nun Teer, Asphalt, Zement oder sonstwas vertreten und propagieren. Deshalb auch jetzt der viel größere Respekt vor den unteren Straßenbeamten.

Die Natursteinlieferanten und die Steinstraßenbauer waren bisher jeder für sich und sind auch ein Ding an sich. In diesem Zustand liegt sehr viel drin und erklärt manches, was dem sogenannten „modernen“ Straßenbau eigentümlich ist. Dann ist er zugleich Lieferant und Erbauer! Allgemein wird gesagt, der Naturstein taugt nichts, der ist zu teuer, der Stein ist nicht richtig gelegt, Löcher sind die Folge und noch anderes mehr. Der „neue Straßenbau“ ist da so ganz anders ausgezogen, er ist vor allem geschäftlich besser verflittet, kann arbeiten rechts, kann arbeiten links, hat mehr Moneten, kann sich etwas gestatten, was jene aus dem Naturstein-gewerbe und jene aus dem Steinstraßenbau-gewerbe sich nicht leisten, vielleicht auch nicht konnten, weil sie sich zu sehr auf die Echtheit und Haltbarkeit ihrer Arbeit verlassen haben und nicht verstanden auch jene, die etwas zu sagen haben, von der Echtheit und der Haltbarkeit zu überzeugen. Man hat sicherlich manches und manchen dabei übersehen, das macht sich neuerdings bemerkbar, und nun braucht man sich gar nicht groß zu wundern, wenn im Bayerischen Landtag ein recht hoher Beamter ein so großes Loblied auf die Straßendeden aus Teeraphtgemisch singt. Die Noten dazu klingen sich vielleicht auf die fragwürdige Ueberzeugung, daß die heutigen Arbeitslosenziffern und die immer größer werdenden Verkehrsanstöße nur bewältigt werden können vom — Teerapht. Früher gab es schon einmal jemand noch höheres, der für alles und jedes — Seife empfahl. Man mache es doch einfach so: Die alten Steinbrüche werden eben alle zu Naturschutzparks erklärt, und wenn erst der Granit und das andere Gestein vom Moos überwuchert ist, dann sieht man kein Naturgestein mehr, und es hätte sich dann erledigt. Vielleicht kommt noch ein anderer, der maßgebend ist und dem kein Titel mit hilft, als sachverständig zu gelten, auf diese einfache Idee, das braucht nun durchaus nicht gerade im Bayerischen Landtag zu sein. Bekannt wird das schon sowieso, das besorgt für die hungernden, arbeitslosen Steinarbeiter und Steinmehler dann

Im Steinbruch

Aus den Felsen wird der Stein gehauen,
und aus Steinen Menschenhände bauen
Straßen, Städte, Reiche, weit und breit,
wie für alle Ewigkeit.

Menschen ihrer Weisheit Werke preisen,
doch der wahre Stein der Weisen
auf dem höchsten Erdenhügel steht,
wenn der Mensch zur Ruhe geht.

W. H. Brasse.

Rundschau

Nichtigstellung. In unserem Artikel „Die NSD“ im „Steinarbeiter“ Nr. 9 haben wir an, daß der wirtschaftspolitische Führer der Nationalsozialisten Dr. Wagner den sächsischen Metallindustriellen erklärt habe, daß die Leitung der NSDAP, dem Berliner Metallarbeiterstreik nur aus Rücksicht auf die Agitationsmöglichkeit im Proletariat zugestimmt habe, daß sie aber an ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Streiks festhalte. Wie wir jetzt erfahren, sind diese Ausführungen nicht von Dr. Wagner, sondern von dem Führer der sächsischen Nationalsozialisten, Manfred von Killinger, gemacht worden. Es hat also eine Personenverwechslung stattgefunden, ohne an der Sache selbst etwas zu ändern.

Schuld und Verbrechen. Zum neuen Strafgesetzbuch haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, wonach in dem Entwurf folgende Bestimmung eingefügt werden soll: „Ein für die öffentliche Sicherheit gefährlicher Gewohnheitsverbrecher kann mit seiner Zustimmung unfruchtbar gemacht werden, wenn nach fachärztlichem Gutachten zu befürchten ist, daß seine schlechten Erbanlagen bei der Nachkommenschaft wieder auftreten werden.“

Zu diesem Antrage ist recht interessant, was Prof. R. Fettscher in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift über den heutigen Stand der Sterilisation (Unfruchtbarmachung) in Deutschland schreibt. Er hat an 95 Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern eine Rundfrage gerichtet, von denen 12 Städte keine Antwort gaben, und 7 Städte die Auskunft verweigerten. Von den übrigen Städten nahmen 53 bis jetzt keine Sterilisation vor, 17 dagegen haben sie auf öffentliche Kosten vorgenommen und 6 wünschen und beabsichtigen Sterilisationen.

Danach gesehen bereits heute gegen das Gesetz Sterilisationen in Deutschland, und es wird Zeit, daß das Problem seine gesetzliche Regelung findet. Das sozial-ethische Wertvolle an dieser neuen Praxis und dem neuen Gedanken, der da im Strafgesetz seinen Ausdruck finden soll, ist die Erkenntnis, daß nicht alles Schuld ist, wie man in der Geschichte der Menschheit geglaubt hat, und daß wir am weisesten sind, wenn wir versuchen, alles zu verziehen.

Das Heim als Umwelt. Die erste große, vollständige und eingehende Abhandlung über die Ehe in Amerika ist jetzt erschienen. Auf Grund eines reichen und sorgfältig bearbeiteten Materials kommt Ogburn zu folgendem Ergebnis, über das die Zeitschrift für Völkerpsychologie berichtet.

Die Sterblichkeit der Verheirateten ist nach diesen Untersuchungen beinahe um die Hälfte niedriger als die der Unverheirateten, Geschiedenen und Verwitweten. Die Verheirateten stellen ferner einen viel geringeren Prozentsatz von Verbrechern als die Unverheirateten. Und drittens ist der prozentuale Anteil der Verheirateten an der Anzahl der Geisteskranken und Armen viel niedriger als der der Unverheirateten.

Wenn die Ursachen hierbei gewiß auch mannigfaltiger Art sein werden, so ist dennoch das aus dem Ergebnis nicht hinwegzuleugnen, daß das Heim dem Menschen eine Umwelt ist, und daß der Mensch um so besser gedeiht, je mehr das soziale Leben ein Heim im vollen Sinne, mit all seinen sozialen und kulturellen Auswirkungen, möglich macht.

Briefkasten

„Steinarbeiter“-Empfänger. Ende März werden die Versandadressen neu gedruckt; wo eine Änderung in der Anschrift sich nötig macht, möchte dies der Verbandsstelle des „Steinarbeiters“ umgehend mitgeteilt werden.

Schadenersatz für nichterlassene Mietzinssteuer. Ich habe meinem Hauswirt schon vor 6 Monaten einen Befreiungsantrag für die Mietzinssteuer zur Unterschrift gegeben, damit er die von mir gemachten Angaben bezeugt. Er weigert sich, das Formular zu unterschreiben. Ich habe ihn schon wiederholt ermahnt, die Sache zu unterschreiben. Er tut es einfach nicht. Ich habe dadurch schon einen ziemlichen Nachteil gehabt, weil ich doch sonst befreit worden wäre. — **Antwort:** Dein Hauswirt hat dir den Schaden zu ersetzen, weil durch sein Verschulden du von der Entrichtung der Mietzinssteuer nicht befreit worden bist. Vorausgesetzt, daß du befreit worden wärest, wenn der Hauswirt die Unterschrift gegeben hätte, kannst du nach unserer Ansicht die Mietzinssteuerbeiträge nunmehr von der Miete abziehen mit der Erklärung, daß die abgezogenen Beträge wegen seines Verhaltens zunächst einbehalten werden.

Kind richtet Schaden an. Mein 10-jähriger Junge hat beim Spielen auf der Straße mit einem Schneeball aus Versehen eine große Schaufensterscheibe eingeworfen. Die Scheibe soll 250 Mark kosten, und ich soll sie nun bezahlen. Bin ich verpflichtet? — **Antwort:** Wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über z. B. ein minderjähriges Kind verpflichtet ist, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den das Kind einem Dritten widerrechtlich zufügt. Allerdings tritt die Ersatzpflicht nicht ein, wenn du deiner Aufsichtspflicht genügt hast oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde. Letzteres vermögen wir von hier aus nicht zu prüfen.

Krankengeld des Arbeitslosen. Meine Tochter hat gleich bei Beginn ihrer Arbeitslosigkeit sich bei der Krankenkasse freiwillig in einer höheren Klasse weiter versichert, als sie sonst vom Arbeitsamt versichert worden wäre. Jetzt ist sie erkrankt. Wir fordern nun auch das entsprechende höhere Krankengeld. Hat meine Tochter darauf Anspruch? — **Antwort:** Das Reichsversicherungsamt hat diese Streitfrage vor kurzem entschieden. Im Falle der freiwilligen Weiterversicherung des Arbeitslosen in einer höheren Klasse findet der § 120 des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung keine Anwendung. Das Krankengeld ist entsprechend der höheren Beitragsentrichtung zu gewähren. Die Entscheidung brauchst du nur dem Arbeitsamt zu nennen. Sie trägt das Abkürzungszeichen RVA IIa K 329/30. Damit hat sich dein Streit wohl erledigt.

Anrechnung von Gelegenheitsarbeit. Möchte wissen, welche Beträge an gelegentlichem Verdienst auf meine Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. — **Antwort:** Zunächst bleiben 20 Prozent der Unterstützung frei, die du einschließlich der Zuschläge bekommst. Vom Mehrbetrag wird die Hälfte angerechnet.

Adressenänderungen

1. Gau: **Nedewitz.** Vorj. u. Kass.: August Promnitz II, Pribbernow, Kreis Cammin (Pomm.).
2. Gau: **Neumarkt.** Vorj.: Joh. Kinder, Liegnitzer Straße 27, Kass.: Friedr. Lampert, Oberring 17.
4. Gau: **Merseburg.** Vorj.: Wilhelm Franke, Neumarkt 16, I.
5. Gau: **Hunswinkel.** Postbezeichnung: Hunswinkel/Elbe-Land.
6. Gau: **Hornberg.** Kass.: Anton Ringeburger, Schlossstraße 87. — **Saarbrücken.** Vorj.: Gustav Menden, Mainzer Straße 4.
7. Gau: **Kronach.** Vorj.: Georg Müller, Wüstbuch Nr. 5, Post Kronach. Kass.: Christ. Hugel, Dobrach Nr. 3, Post Kronach. — **Reinersreuth.** Vorj.: Hans Zahreis, Zell (Oberfranken) Nr. 33.
10. Gau: **Abelschen (Uslar-Land).** Vorj.: Heinrich Schröder, Hettensen, Uslar-Land. Kass.: Karl Deneke II, Hettensen Nr. 74, Uslar-Land.
11. Gau: **Verden.** Vorj.: Wilhelm Klinker, Obere Straße 31, I.

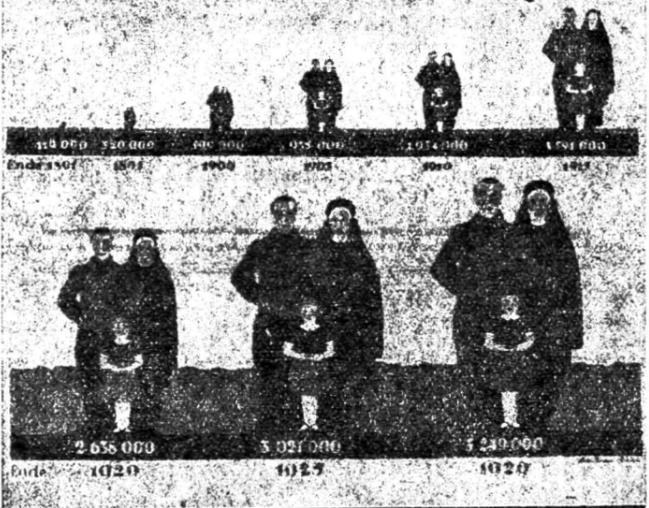
Die Feldbergstraße (Baden) vor der Fertigstellung. Die als Feldbergstraße bekannte Straßenverbindung Titisee-Bärental-Feldberg-Todtnau steht unmittelbar vor der Vollendung ihres Ausbaues für den Kraftwagenverkehr. Nachdem die Hochstraße bereits Ende des vergangenen Jahres zwischen Hebelhof und Hochtopfsattel verbreitert wurde, fehlt jetzt nur noch die Verbesserung des Straßenzuges zwischen Bärental und Hochtopfsattel, die nunmehr ausgeführt wird. Bis zum Sommer dieses Jahres wird der ganze Straßenzug von Titisee über Bärental bis Todtnau fertiggestellt sein.

40 Jahre Invalidenversicherung

In diesem Kampfe ist es der organisierten Arbeiterschaft gelungen, die Leistungen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung, deren 40-jähriges Bestehen in den Januar 1931 fiel, erheblich zu steigern. Die Invalidenrente in ihrer jetzigen Höhe reicht nicht aus, um dem arbeitsunfähigen Arbeiter am Lebensabend Sorgenfreiheit zu gewähren. Das wissen wir sehr wohl und sogar noch besser als die Unternehmer. Das hindert aber nicht, festzustellen, daß seit dem Geburtsjahr der Invalidenversicherung die Leistungen denn doch andere geworden sind.



Das Anwachsen der Anzahl der Rentenempfänger seit Bestehen der Invalidenversicherung



Die Zahl der heilbehandelten Personen hat sich von 153 000 im Jahre 1913 auf 389 000 im Jahre 1929 erhöht. Die Gesamtausgaben für Heilverfahren haben sich im gleichen Zeitraum von 35 Millionen auf 112 Millionen RM. vermehrt, darunter 13,2 Millionen RM. für Aufwendungen im Kampfe gegen die Tuberkulose.

Die gewerkschaftliche Kräfteverteilung in West-Deutschland. In West-Deutschland hat die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Hauptdomäne. Dennoch haben die freien Gewerkschaften nach wie vor einen großen Vorsprung. Im Landesarbeitsberichtsbezirk Rheinland-Westfalen haben die Gewerkschaften des ADGB 564 499 Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften verfügen über einen Mitgliederbestand von 379 568 und die Hirsch-Duncker'schen über einen solchen von 56 400. Von den in West-Deutschland vorhandenen Gewerkschaftsmitgliedern von rund einer Million gehören demnach 56,4 v. H. den freien, 37,9 v. H. den christlichen und 5,7 v. H. den Hirsch-Duncker'schen Verbänden an.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

1. Gau: In Stettin wurden die Steinmeger und Schleifer von den Grabsteingeschäftsinhabern gesperrt, weil sie sich einem 14prozentigen Lohnabbau nicht fügen wollten.
2. Gau: In Dobrilugk vom Schleifereibetrieb Koppe fernbleiben!
4. Gau: In Bitterfeld ist für Kollegen aus dem Straßenbau die Fa. Hermann Bär wegen Lohnminderungen gesperrt; ferner in Halle a. S. Otto Hirschfeld und Otto Kahlische, in Ammendorf b. Halle: Franz Merseburger, in Weisenfels: Otto Reinhardt und Schulze & Mühlhaus, in Mücheln, Bezirk Halle: Karl Geißler.
5. Gau: **Wuppertal-Barmen.** Im Bereich der Zahlstelle sind ernste Differenzen wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgebrochen. Die Steinmetzmeister diktieren einen 20%prozentigen Lohnabbau und legen jedem Kollegen einen Revers vor, in dem er sich unterschreibt mit diesem Raub einverstanden erklären soll. Sämtliche Kollegen haben ein solches Anfinnen abgelehnt, und sind infolgedessen entlassen worden.
8. Gau: Im Muschelkalkgebiet gilt die Firma Holzmann für unsere Kollegen als gesperrt.
10. Gau: Im Bezirk Bernigerode a. Harz sind folgende Firmen für Steinarbeiter gesperrt wegen außerordentlicher Lohnreduzierung und sonstiger Verschlechterungen vor Tarifabschluss: H. Wegener, G. Struß, Wolfram, E. Kitzau, Hannov. Basaltwerke.

Tariffündigung. Der Reichslohntarif für die Deutschen Granitwerke mit Schleifereibetrieben wurde zum 30. Juni 1931 vom Unternachmervorstand gekündigt.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berjammlungen.
Am 22. März in Weiswasser um 9 Uhr im Volkshaus.
*
Derliche Reiseunterstützung zahlt nicht mehr die Zahlstelle Marne u. Umg.
*

Achtung! Steinarbeiter Berlins!

Die sogenannte Opposition der Steinarbeiter hat sich bemüht gesehen, unseren örtlichen Vorstand per Einschreibebrief zu einer „öffentlichen“ Versammlung zu laden.

Der Vorstand der Zahlstelle Berlin aber lehnt es grundsätzlich ab, sich mit Verrätern der freien Gewerkschaftsbewegung und bewußten Zerstörern der notwendigen Einheitlichkeit der Arbeiterschaft, in einer von ihnen einberufenen Versammlung von unkontrollierbaren Elementen in irgendeine Diskussion einzulassen.

Wie die RGO. der Steinarbeiter, unter Führung des früheren Mitgliebes Anders die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten gedenkt, ist in den Artikeln im „Vorwärts“ und im „Steinarbeiter“ Nr. 10 angegellt worden. Außerdem hat der Vorstand der Zahlstelle Berlin bereits im Frühjahr 1930 in einer von den Drahtziehern der RGO. nach Haverlands Festsälen einberufenen öffentlichen Steinarbeiterversammlung, in der laut Einladungsöffentel freie Aussprache zugesichert war, versucht, in sachlicher Form entgegenstehende Ansichten zu widerlegen. Die Einberufer dieser Versammlung waren aber, nachdem sie 2½ Stunden lang alles darangesetzt hatten, den Zentralverband und seine Vertreter in den Schutz zu ziehen, zu feige, dem Vorsitzenden der Zahlstelle Berlin das Wort zu erteilen.

Wir als Zentralverbandsvertreter sind jederzeit gern bereit, mit Gegnern unserer Auffassung in sachlicher Art und Weise unsere Meinungen auszutauschen; lehnen es aber ab, für feige Demagogen, bewußte Schädlinge der Arbeiterschaft und geistig anormale Phrasendrescher die Zugkraft abzugeben, um ihre, an galoppierenden der Schwindsucht leidenden Versammlungen aufzufüllen.

Wie „ernst“ es diesen Schädlingen der Arbeiterschaft ist, „die Einigkeit unter den Kollegen herzustellen“, beweisen die verschiedenen Artikel im „Pionier“, dem Sprechorgan der RGO., in dem mit Lüge und bewußter Verleumdung versucht wird, das Vertrauen der Kollegen zu ihrer Organisation zu untergraben. — Wir erwarten, daß jeder ernsthaft denkende, klassenbewußte Steinarbeiter es energisch ablehnt, sich als Staffage für arbeiterfeindliche Veranstaltungen benutzen zu lassen und derartigen Veranstaltungen fern bleibt.

Gustav Nitsche,
Vertreter des Berliner Zahlstellenvorstandes.

Berlin. Die invaliden Kollegen erhalten ihre Invalidenunterstützung am Freitag, dem 13. März, in der Zeit von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.

Verstein- und Marmorgruppe. Arbeitslosenversammlung am Dienstag, 17. März, um 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5.

Grabmalgruppe am Dienstag, 17. März, um 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5. (Lohnfragen.)

Anzeigen

Den bekannt guten u. bestbewährten handgearbeit. Steinbruchschuh, 14.75 Reellste Beliefer. Hochw. Qualit.



Verlangen Sie Preisliste. Herm. Welbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brachstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürften, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Görlitz. Am 15. Februar der Schleifer Ewald Müller, 75 Jahre alt, Schlaganfall, 5 Jahre arbeitsunfähig.
 - Häblich (Sachsen). Am 15. Februar der Hilfsarbeiter Arno Haupe, 29 Jahre alt, 7½ Monat krank, Unfall.
 - Kamenz. Am 21. Februar der Hilfsarbeiter Karl List, 63 Jahre alt, 20 Wochen lungenkrank.
 - Leipzig. Am 23. Februar der Sandsteinmetz Ernst Thäle, 52 Jahre alt, 2 Jahre krank, Staublunge. — Am 26. Februar der Bldhauer Bernh. Müller, 40 Jahre alt, eine Woche krank, Lungenentzündung.
 - Berlin. Am 26. Februar der Steinsetzer Adolf Reiff, 85 Jahre alt, Altersschwäche.
 - Hockensau. Am 25. Februar der Brecher Herm. Machurig, 55 Jahre alt, 4 Jahre krank, Staublunge und Tuberkulose.
 - Gnadentrei. Am 26. Februar der Steinmetz Hugo Junge, 43 Jahre alt, 21 Monate krank, Wassersucht.
 - Striegau. Am 26. Februar der Pflastersteinmacher August Schmidt, 66 Jahre alt, Asthma. — Am 27. Februar der Pflastersteinmacher Herm. Blümel, 58 Jahre alt, Freitod. — Am 28. Februar der Brecher Karl Schmidt, 56 Jahre alt, Freitod.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.